

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Bundesbank - Frankreich -
Textilverhandlungen - EG - Lateinamerika**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: Bundesbank - Frankreich - Textilverhandlungen - EG - Lateinamerika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 10, pp. 473-474

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135725>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbank

Beschleunigung mit Risiken

Mit ihren jüngsten Maßnahmen hat die Bundesbank ihre Politik monetärer Lockerung fortgesetzt. Die Mindestreserven wurden gesenkt, und die letzten Wertpapierpensionsgeschäfte sind mit einem Zins von 7,5 % abgeschlossen worden. Damit ist auch eine weitere Senkung der Leitzinsen programmiert. Die Banken sind aufgerufen, ihre Kreditnehmer durch sinkende Sollzinsen an den verringerten Refinanzierungskosten teilhaben zu lassen. Nur dann kann sich die beabsichtigte konjunkturaneigende Wirkung der monetären Impulse schnell entfalten.

So sehr eine weitere monetäre Beschleunigung zu begrüßen ist, wenn man allein auf die schlechte konjunkturelle Lage schaut, so sehr ist doch zu bedenken, daß eine Fortsetzung der Beschleunigung auf mittlere Sicht Risiken birgt. Die monetäre Konjunkturaneigung verebbt nämlich bereits dann, wenn die Beschleunigung des Wachstums der Zentralbankgeldmenge aufhört; müssen schließlich die monetären Wachstumsraten zurückgenommen werden, dann resultiert daraus sogar eine konjunkturdämpfende Wirkung. Die Bundesbank sollte bei weiteren Zinssenkungen folglich im Auge behalten, ob die damit einhergehende Geldmengenausweitung auch auf mittlere Sicht durchgehalten werden kann. Nur dann brauchte sich niemand um Zeitpunkt und Ausmaß des nächsten geldpolitischen Kurswechsels zu sorgen.

Den Maßstab für die mittelfristig angemessene geldpolitische Linie definiert die Bundesbank mit ihrem Geldmengenziel: Das Wachstum der Zentralbankgeldmenge soll dem möglichen Wachstum unseres Produktionspotentials entsprechen und zusätzlichen Spielraum lediglich für die unvermeidbare Preissteigerung gewähren. Durch diese Strategie würde zumindest die Geldpolitik wieder zum verlässlichen Eckpfeiler der Planung von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften.

WS

Frankreich

Sanierung ohne Modellcharakter

Bemühungen um Einsparungen im Sozialbereich werden in der Öffentlichkeit rasch mit dem Etikett der sozialen Demontage versehen. Unter diesen Umständen ist es interessant, was eine sozialistische Regierung wie

die in Frankreich als „faire“ Lösung der ständig zunehmenden Finanzierungsprobleme in diesem Bereich ansieht. Die Fehlbeträge hinzunehmen, hält auch sie für unvermeidbar. Auf der Ausgabenseite wird ein Beitrag zu den Behandlungskosten in öffentlichen Krankenhäusern eingeführt, und im nächsten Jahr soll die Mindestaltersrente weniger angehoben werden als nach den bisherigen Formeln. Ohne Abstriche an den Sozialleistungen geht es also nicht. Ein Ausgleich der Defizite wird jedoch insbesondere über erhöhte Einnahmen angestrebt. So müssen die öffentlich Bediensteten ab 1. November einen Solidaritätsbeitrag an die Arbeitslosenversicherung abführen. Ab 1983 werden Raucher und Alkoholkonsumenten zur Kasse gebeten. Begründet wird dies auch mit dem Hinweis auf die erheblichen Belastungen, die der Krankenversicherung durch Folgeschäden entstehen. Entlastende Wirkungen für die Krankenversicherung durch einen Minderkonsum dieser Waren treten allerdings erst langfristig ein, und auch das nur, wenn nicht auf billigere, gesundheitsschädlichere Waren ausgewichen wird.

Mag die teilweise Finanzierung über erhöhte indirekte Steuern zunächst auch als solidarische Regelung erscheinen, so hat sie doch den Nachteil, daß hier Probleme nur aufgeschoben werden. Da der Wachstumstrend der Wirtschaft wohl auch längerfristig merklich niedriger anzusetzen ist, wird sich nämlich die Aufgabe, das Sozialversicherungssystem zu sanieren, schon in Kürze neu stellen. Andererseits verhärten sich durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern die drängenden Stabilisierungsprobleme. Modellcharakter hat das französische Vorgehen daher insgesamt wohl kaum. wt

Textilverhandlungen

Schlechter Dienst

Die Textilverhandlungen zwischen der EG und den Hauptlieferländern aus der Dritten Welt sind auch in der zweiten Verhandlungsrunde gescheitert. Die Kommission der EG beabsichtigt auch nicht, den Ministerrat um ein erweitertes Verhandlungsmandat zu ersuchen, das ihr einen größeren Spielraum für Konzessionen gäbe. Gleichzeitig sind die Entwicklungsländer nicht bereit, die von der EG geforderten Kürzungen der Lieferquoten um bis zu 12 % hinzunehmen. Ihre starre Haltung ist verständlich, bestand doch die ursprüngliche Intention des Welttextilabkommens darin, die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer in diesem Sektor – bei parallel laufender Strukturanpassung in den Industriestaaten – allmählich auszuweiten.

Sollte es nicht doch noch in diesem Jahr zu einer Einigung kommen, so träte damit ein vertragsloser Zustand ein, da die alten Selbstbeschränkungsabkommen zum Jahresende auslaufen. Der Textilhandel der EG mit den betroffenen Ländern unterläge dann den allgemeinen GATT-Vorschriften, die mengenmäßige Beschränkungen nur in Ausnahmefällen und nicht gegen einzelne Länder erlauben sowie den benachteiligten Handelspartnern Kompensationsansprüche gewähren. Daß die EG mit einer solchen Regelung nicht einverstanden wäre und statt dessen einseitige Restriktionen verhängen würde, versteht sich von selbst, es sei denn, sie kann auf der bevorstehenden GATT-Ministerkonferenz eine Verschärfung der Schutzbestimmungen des Artikel 19 des GATT und insbesondere ihre selektive Anwendbarkeit erreichen. So gesehen wäre es nicht überraschend, wenn die „Ablehnungsfront“ der Entwicklungsländer schließlich doch noch zusammenbräche, um Schlimmeres zu verhüten. Die EG hätte sich dann erneut durchgesetzt und der Fortentwicklung einer freien Welthandelsordnung abermals einen schlechten Dienst erwiesen. ko

EG

Memorandum zur Entwicklungspolitik

Rechtzeitig zum Beginn der Verhandlungen über das Abkommen mit den AKP-Staaten hat die Europäische Kommission ein Memorandum vorgelegt, in dem die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft den Realitäten angepaßt und für die nächste Dekade festgeschrieben wird. Künftig soll u. a. – in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Weltbank – ein größerer Teil der Hilfe in die Landwirtschaft und in das Bildungswesen fließen. Die vom Volumen her unbefriedigende Finanzhilfe der Gemeinschaft soll auf 1 Promille des Bruttosozialprodukts aufgestockt und verbindlich zugesagt werden. Langfristigere Klarheit über die Ziele und Absichten der Gemeinschaft will das Memorandum schaffen, indem es zeitlich unbefristete Abkommen mit den AKP-Staaten in Form eines Rahmenvertrags vorschlägt. Darin sollen anstelle der bisher mehr globalen Verhandlungen projektbezogene Strategien festgelegt werden.

Ob dieser Vorschlag Zustimmung finden wird, scheint nach allen Erfahrungen der Vergangenheit eher fraglich. Die Entwicklungsländer zumindest finden in dem Memorandum eine klare Absage an das von ihnen bislang mit Nachdruck verfochtene Konzept eines massiven Ressourcentransfers. Denn die versprochene Erhöhung der finanziellen Leistungen würde, wie die Kommission vermerkt, keine allzu großen zusätzlichen An-

strengungen erfordern, da die Hilfe ohnehin schon jährlich real um 7 % p. a. ansteigt. Ob die EG-Mitgliedsländer dem Vorschlag zustimmen werden, ist ebenfalls sehr zweifelhaft. Bedenken dürften sich vor allem gegen die Bemühungen der Gemeinschaft richten, in die traditionell bilateralen Schwerpunktbereiche der technischen und finanziellen Zusammenarbeit einzudringen. Auf Kritik werden die Vorschläge der Kommission auch bei den Unternehmen in den Mitgliedsländern stoßen, da ihre Forderung nach einem verbesserten Investitionsschutz in den AKP-Ländern nicht aufgenommen worden ist. mk

Lateinamerika

Die Kunst der Umschuldung

Die Kreditwürdigkeit der lateinamerikanischen Länder hat seit dem Umschuldungsersuchen Mexikos im August 1982 stark gelitten. Brasilien – mit ca. 80 Mrd. US-\$ fast ebenso hoch im Ausland verschuldet wie Mexiko – ist ins Gerede gekommen. Länder wie Argentinien, Chile, Bolivien, Peru und die kleineren Staaten Mittelamerikas befinden sich in ernstesten Liquiditätsschwierigkeiten oder mußten bereits um Zahlungsaufschub bitten.

Die eigentlichen Ursachen für die auffällige Häufung von Verschuldungskrisen sind identisch mit jenen Faktoren, die die umfangreiche Kreditaufnahme Lateinamerikas in den 70er Jahren auslösten. Die Auslandsverschuldung ermöglichte die Verzögerung schmerzhafter Anpassungsprozesse. Verzerrte Faktor- und Güterpreisrelationen sowie überhöhte Wechselkurse konnten so lange Zeit beibehalten werden. Verteilungskämpfe und Kapitalflucht wurden alimentiert. Verschärft wurden diese Fehlentwicklungen durch die weltweite Rezession, die anhaltend hohen Zinssätze und die sinkenden Rohstoffpreise.

Den letzten Anstoß zur jetzigen Finanzkrise gaben jedoch die Gläubiger selbst. Nachdem sie sich in der Vergangenheit geradezu darum rissen, mit den jetzt notleidenden Kunden ins Geschäft zu kommen, schränken die Banken ihre Kreditvergabe nunmehr stark ein. Gleichzeitig bemühen sie sich mit beträchtlichem Eifer, die inzwischen unübersehbar gewordenen Risiken auf den IWF und die westlichen Zentralbanken abzuwälzen. Diese Reaktion erscheint – angesichts des vehementen Widerstandes gegen jegliche Kontrolle der Euromärkte in der Vergangenheit – ebenso unangebracht wie eine „Rette sich wer kann“-Politik“ der Banken, die die Lage nur weiter verschärfen könnte. Die Gläubiger werden sich vielmehr in Geduld und in der hohen Kunst der Umschuldung üben müssen. er